



**Heiner Ganssmann**

## Die Krise, das Geld und wir

Wir hatten einmal eine soziale, eine koordinierte Marktwirtschaft. Dieser "rheinische" Kapitalismus verkörperte die in bitteren Erfahrungen gewonnene Einsicht, dass total befreite Märkte selbstzerstörerisch sind. Die Einsicht ging irgendwo zwischen Friedman und Hayek, Thatcher und Reagan verloren. Selbst die Sozialdemokraten haben sie vergessen. Gerade sie müssten sich durch die aktuelle Finanzkrise — die jetzt auch auf die Realwirtschaft Europas durchschlägt — zur Erinnerungsarbeit aufgefordert fühlen. Das aber geht nicht ohne Besinnung auf das Prinzipielle.

In der Finanzkrise ist das Prinzipielle natürlich das Geld. Es gehört zu den gesellschaftlichen Einrichtungen, die am besten zu funktionieren scheinen, wenn niemand über sie nachdenkt. Aber das ist gefährlich, weil in der Krise, wenn es am dringendsten nötig wird, niemand mehr weiß, wie das Geldsystem funktioniert. Was ein Grund dafür ist, dass es in der Krise jede Menge "realen" Reichtums verschlingt.

Die Theoretiker definieren das Geld als soziale Invarianzfiktion, an die alle glauben. Was heißt Invarianzfiktion? Wir haben ein Wertmaß, auf das wir bauen, mit dem wir allgemein verbindlich Preise ausdrücken und Unternehmensstrategien kalkulieren können. Der Wert aller käuflichen Dinge wird in Geld dargestellt.

Dummerweise hat genau deshalb das Geld eine Eigenschaft, die zur periodischen Selbstzerstörung führt: Jede reale Geldmenge ist begrenzt, aber das Geld eröffnet einen unbeschränkten Horizont von Möglichkeiten der Wahl und der potenziellen Aneignung von Waren.

Dieser Widerspruch treibt uns alle um. Für den Geldbenutzer ist mehr Geld auf jeden Fall besser als weniger (von ein paar Ausnahmen wie Bettelmönchen abgesehen). Wenn sich Chancen zur Geldvermehrung, zumindest moralisch unbedenkliche, auftun, nutzen wir sie, denn "wir sind ja nicht blöd". Ob allerdings eine Transaktion moralisch unbedenklich ist, lässt sich wegen der mittels Geld verlängerten, auseinandergezogenen und anonymisierten Handlungsketten meistens nicht übersehen. Jedenfalls drängt sich das amoralische Tun hinter einem Geld- oder Warenangebot nicht ohne weiteres auf.

Dass wir alle mehr Geld besser finden als weniger, wird, weil es kriselt, plötzlich gern als Gier denunziert. Vor allem als die Gier der anderen. Die Banker sind die Wölfe, und wir sind die Schafe, und die Gier der Banker hat uns alle in die Krise getrieben. Aber warum ließen sich so viele so willig von den Tricks der Finanzillusionisten blenden? Natürlich gibt es unter Bankern verantwortungslose Zocker, die mit dem Geld anderer Leute spielen, um das

eigene Geld zu mehren. Aber das gilt auch für andere Branchen.

Das Grundproblem ist nicht die Gier der Banker. Das Problem ist, dass sich unser aller Wunsch nach mehr Geld nicht an die Vermehrung der Dinge, die man für Geld kaufen kann, anbinden lässt.

Per Kredit bekommt man mehr Geld, als man verdient, im Vorgriff auf eine Gegenleistung. Ob die Gegenleistung dann zustande kommt, steht vorab nicht fest. Alle hoffen und viele wetten darauf, indem sie mit geliehenem Geld Einkommensansprüche erwerben. Papiere. Doch eines Tages entdeckt jemand und bald sehen es sehr viele: Der Kaiser ist nackt. Den vielen Ansprüchen stehen keine Leistungen gegenüber.

Und schon haben wir die Krise. Die verbrieften, käuflichen Einkommensansprüche müssen an das tatsächliche Leistungsniveau angepasst werden. So war es schon beim letzten Mal. Die Krise ist ein Systemproblem. Solange wir auf die Früchte und Segnungen des Geldwesens nicht verzichten wollen, müssen wir seine periodisch wiederkehrenden Krisen in Kauf nehmen.

Das sollte deutlicher ins allgemeine Bewusstsein dringen und nicht wieder verdrängt werden. Dann wäre eine exzessive Krise, wie sie sich seit über einem Jahr zusammenbraute, wohl eher zu vermeiden. Jeder könnte sich einen einfachen Richtwert klarmachen, um solide Geschäfte und Einkommensversprechen von aufgeblasenen zu unterscheiden. Dieser Wert ergibt sich aus dem durchschnittlichen realen Wachstum des Volkseinkommens. Das wächst im Kapitalismus langfristig um etwa 2 Prozent pro Jahr. Darüber hinaus gehende Einkommensansprüche — wie Ackermanns 25 Prozent Gewinnwachstum für die Deutsche Bank — sind nur zu bedienen, wenn jemand anders verliert.

Das kann und muss in einem Konkurrenzsystem gelegentlich passieren: *Survival of the fittest*, schließlich hat der Markt die Darwinsche Evolutionstheorie inspiriert. Aber wenn der Finanzsektor solche Ansprüche durchsetzt und — ermutigt von der Politik einschließlich der Sozialdemokraten — mit dem Rest der Ökonomie Schlitten fährt, knallt das Ganze irgendwann gegen die Wand.

Der europäische Finanzsektor mag in Teilen nicht so exzessiv wie die Wall Street operiert haben, aber gegen die Versuchungen, sich am großen Spekulationsgeschäft zu beteiligen, war er keineswegs immun. Im Gegenteil. Die Münchner Hypo Real Estate nutzte Irland (EU, Eurozone, Niedrigsteuerland) als Brückenkopf, um sich aus dem rheinischen in den atlantischen Kapitalismus zu schleichen.

Die im traditionellen rheinischen Kapitalismus übliche politische Einhegung des Kapitalismus wurde — wiederum mit politischer Unterstützung — unterlaufen. Wenn jetzt der Staat als Retter angerufen wird, könnten sich die Staatsmänner und -frauen daran erinnern, dass der rheinische Kapitalismus aus einem schmerzhaften Lernprozess entstand. Statt der Bank mit einer Bürgschaft aus Steuergeldern schulterklopfend "Weiter so!" zu sagen und mit dem Finger auf die bösen Angelsachsen zu zeigen, sollte man — wann, wenn nicht jetzt — den Versuch unternehmen, die Geschäftsgrundlagen von Staatsseite aus wieder in Richtung eines regulierter Kapitalismus alteuropäischer Art umzuschreiben.

Dass wirkliche Sozialdemokraten das können, zeigt das Beispiel Schweden. Dort hat man nach der schweren Finanzkrise von 1991 bis 1992 viele Banken verstaatlicht und damit den ganzen Finanzsektor neu strukturiert. "Das ist besser als Überbrückungskredite, staatliche Garantien oder Interventionen in die Wertpapiermärkte, wie das US-Finanzminister Henry Paulson vorgeschlagen hat", meint Wolfgang Münchau in der *Financial Times Deutschland* vom 1. Oktober. In Schweden habe man nach rationalen gesamtwirtschaftlichen Kriterien und völlig transparent entschieden, welche Banken man retten wollte und welche nicht: "Bei denen, die gerettet wurden, gab der Staat keine Beihilfen, sondern neues Kapital. Damit wurden die existierenden Aktionäre an die Wand gedrückt und das Management der Banken ebenso."

Ein besonders kluger Ökonom, John Maynard Keynes, beschwor 1926 in einem immer wieder lesenswerten Essay das "Ende des Laissez-faire". Politische Regulierung des Kapitalismus — das war nach jeder größeren Krise die gebotene Lektion.

Zu dumm, dass das kollektive Gedächtnis immer wieder aussetzt und alle früher oder später erneut von den Segnungen unbegrenzter Märkte träumen. Immer mehr Geld? Bitte schön. Dann wird die nächste Krise umso schlimmer.

---

Published 2008-10-21

Original in German

Contribution by Le Monde diplomatique (Berlin)

First published in Le Monde diplomatique (Berlin) 10/2008

© Heiner Ganssmann/Le monde diplomatique (Berlin)

© Eurozine